

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

16.3.1931 (No. 63)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Hauptpostamt  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Verantwortlich  
G. A. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen letzterster Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpönt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Konsularische Vertretung Ägyptens

Der neuernannte Königlich Ägyptische Konsul Iskandar El-Wahaby in Berlin ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

#### Der deutsche Außenhandel im Februar

125 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuss  
Die tatsächliche Einfuhr im Februar beträgt 605 Mill. Reichsmark. Gegenüber dem Vormonat 40 Mill. Reichsmark weniger. Die Ausfuhr beträgt im Februar 733 (Vormonat 725 Mill. Reichsmark); hinzutommen Reparations-Sachlieferungen im Werte von 45 (Vormonat 50) Mill. Reichsmark. Der erhebliche Rückgang der Ausfuhr vom Dezember zum Januar hat sich im Februar nicht fortgesetzt; der Ausweis zeigt sogar eine kleine Zunahme (um 8 Mill. Reichsmark).

Die Handelsbilanz für Februar ergibt somit einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuss von rund 125 Mill. Reichsmark; einschließlich der Reparations-Sachlieferungen übersteigt der Wert der ins Ausland abgesetzten Waren die Einfuhr um rund 170 Mill. Reichsmark.

An dem tatsächlichen Einfuhrrückgang um 40 Mill. Reichsmark sind rund 60 v. H. die Rohstoffe und halbfertigen Waren, mit rund 25 v. H. die Lebensmittel und Getränke beteiligt. Unter den Rohstoffen ist insbesondere die Einfuhr von Baumwolle (— 15 Mill. Reichsmark), von Bau- und Kuppelholz, Noholab, Kupfer und Eisenerzen zurückgegangen. Die Abnahme der Lebensmittelzufuhr beruht insbesondere auf dem Rückgang der Einfuhr von Süßfrüchten und Obst.

Bei der Ausfuhr (Reparations-Sachlieferungen eingerechnet) steht einer Zunahme des Absatzes an Fertigwaren um 16 Mill. Reichsmark und der Ausfuhr von lebenden Tieren (Hindvieh) um 1 Mill. Reichsmark eine Abnahme der Rohstoffausfuhr um 11 Mill. Reichsmark und der Lebensmittelzufuhr um 3 Mill. Reichsmark gegenüber. Die Zunahme der Fertigwarenausfuhr zeigt sich insbesondere bei den Erzeugnissen der Textilindustrie (+ 13 Mill. Reichsmark). Auch haben Eisenbahnoberbaumaterial (+ 4 Mill. Reichsmark) und Pelze nebst Pelzwaren erhöhten Absatz gefunden. Die Abnahme der Rohstoffausfuhr ist wesentlich durch die Winderzeugung von Steinkohle (— 9,5 Mill. Reichsmark) bedingt; zugenommen hat die Ausfuhr von schwefelreichem Ammoniak. Von den wichtigsten Reparations-Sachlieferungen im Februar entfallen auf die Gruppe Rohstoffe: Steinkohle mit 9,5 Mill. Reichsmark; auf die Gruppe Fertigwaren: Eisenwaren mit 11,3 Mill. Reichsmark, nichtelektrische Maschinen mit 7,8 Mill. Reichsmark, ferner Wasserfahrzeuge mit 2,7, Eisenbahnwagen mit 2,1 und Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie einschließlich elektrischer Maschinen mit 2,0 Mill. Reichsmark.

#### Politischer Mord in Hamburg

Ein kommunistisches Bürgerchaftsmitglied erschossen  
In Hamburg ist in der Nacht zum Sonntag das kommunistische Bürgerchaftsmitglied Henning gegen 12,40 Uhr in einem Auto, das von Hollenpöcher nach Hamburg fährt, kurz hinter Dörsenwälder erschossen worden. Henning befand sich in Begleitung eines Parteigenossen namens Cahle. In fünf Minuten bestiegen drei Männer den Omnibus, die sich plötzlich erhoben, Pistolen hervorholten und den Fahrgästen „Hände hoch!“ riefen. Dann fragten sie Henning, ob er das kommunistische Bürgerchaftsmitglied André sei. Als Henning hierauf seinen Namen nannte, erwiderten sie: „Dich suchen wir gerade.“ Im gleichen Augenblick gaben sie eine Anzahl Schüsse auf Henning ab, sprangen alsdann aus dem Wagen und schossen auch von draußen weiter in den Wagen hinein. Henning war sofort tot. Außerdem wurden noch zwei Damen und ein Mann von den Schüssen getroffen. Am schwersten verletzt ist eine neben Henning sitzende Lehrerin; sie erhielt 6 Schüsse in den Oberkörper. Der zweite im Wagen anwesende Kommunist erhielt einen leichten Streifen auf dem Kopf. Da er sich tot stellte, feuerten die Täter keine weiteren Schüsse auf ihn ab. Es sind etwa 15 Schüsse abgefeuert worden. Die Täter sind junge Leute im Alter von 20—25 Jahren.

Nach ihrer Tat ergriffen die Durschen nicht sofort die Flucht, sondern hielten sich noch einige Minuten vor dem Gefährt auf und riefen: „Sind sie auch wirklich beide tot?“ Dann stoben sie auseinander. Die Täter entkamen im Dunkeln. Nach den bisherigen Ermittlungen sind sie in rechtsradikalen Kreisen zu suchen. Der Ermordete gehörte seit 1928 der Hamburger Bürgerchaft an.

#### Die Mörder in Haft

M. Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Wie die „B. Z. a. W.“ aus Hamburg meldet, sind zwei der nationalsozialistischen Mörder verhaftet. Man ist jetzt dabei, sie zu vernehmen und hofft, auch der anderen noch im Laufe des Tages habhaft zu werden. Es steht schon jetzt fest, daß sie sämtlich nationalsozialistischen Organisationen angehören.

Wie die „B. Z.“ weiter erfährt, haben sich die beiden Täter bei der Hamburger Polizei unmittelbar vor ihrer Verhaftung gestellt. Sie hatten erfahren, daß man ihren Namen und ihre Wohnung wisse und sind deshalb selbst zur Polizei gegangen. Der eine der Täter ist der frühere Hamburger Polizeiwachtmeister Janßen, der vor etwa einem halben Jahr aus der Hamburger Polizei wegen nationalsozialistischer Umtriebe entfernt wurde. Sein Tatgenosse ist der Handlungsgehilfe Bammer. Beide haben eingestanden, daß sie die Tat

### Letzte Nachrichten

#### Das Restprogramm des Reichstags

Der Reichshaushaltsplan durch den Ausschuss  
M. Berlin, 16. März. (Tel.) Die Winterberatung des Reichstags nähert sich ihrem Ende. Der Haushaltsausschuss hat die Vorberatung des Etats abgeschlossen. Er hielt daher am heutigen Montag keine Sitzung mehr ab. Der Ausschuss beginnt am Dienstag die Beratung der drei zur Osthilfe gehörenden Gesetze.

An größeren Aufgaben hat der Reichstag dann nur noch die Zollvorlagen zu erledigen, die der Reichsrat schon verabschiedet hat. An der Vollziehung des Reichstags, die heute um 2 Uhr beginnt, wird zunächst die zweite Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Anherdem soll heute auch das Genfer Handelsabkommen endgültig verabschiedet werden.

Das Kabinett wird sich heute nachmittag mit dem Zollfriedensabkommen beschäftigen, gegen das von landwirtschaftlicher Seite, also vom Reichsernährungsminister noch immer Einwände erhoben werden. Nach der Einstellung der übrigen Minister dürfte aber diese Vorlage auch noch in der dritten Lesung verabschiedet werden.

#### Das Zollerleichterungsgesetz

##### Aus der Begründung der Reichsregierung

M. Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Es wird nun Näheres über die Zollerleichterung bekannt, die von der Reichsregierung verlangt wird und bei der es ja auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsernährungsminister Schiele und auf der anderen Seite dem Reichsarbeitsminister, dem Reichswirtschafts- und dem Außenminister gegeben hat. Man war von vornherein der Auffassung, daß man zu einer Kompromißformel gelangen müsse.  
Aus der Begründung ergibt sich, daß die Regierung sich selbst darüber klar ist, diese Forderung zu erfüllen, aber nur im äußersten Notfall Gebrauch machen zu können. In der Begründung wird auf die Weltwirtschaftslage hingewiesen und deren Entwicklungsmöglichkeiten, denen gegenüber die Reichsregierung in der Lage sein müsse, durch Zollmaßnahmen, Preisrückstellungen auszugleichen. Es heißt dann weiter, daß im Augenblick auf gewerblichem Gebiet ein unmittelbarer Anlaß zu Zollerleichterungen nicht gegeben sei, daß es aber immerhin notwendig erscheine, für die nächsten Monate auf alle Möglichkeiten gesetzt zu sein. Es werden dann die landwirtschaftlichen Produkte und namentlich die Entwicklung der Weizenpreise auf dem Weltmarkt behandelt. Hierbei wird besonders die Frage der gleichenden Rolle für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte erwähnt.

Zuletzt wird von der Ermächtigung gesprochen, Handelsabkommen in Kraft zu setzen, schon, damit die Verträge rechtzeitig in Geltung kommen können. Es macht aber nicht den Eindruck, als ob die Regierung entschlossen sei, den deutsch-polnischen Handelsvertrag auf Grund dieser Ermächtigung von sich aus zu erledigen, zumal sie dem Landvolk gegenüber Zusicherungen in dieser Hinsicht schon gegeben hat und man allgemein in wirtschaftlichen Kreisen auf dem Standpunkt steht, es wäre praktischer, zunächst den Verlauf der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen abzuwarten, da ja diese in vieler Hinsicht auf Grund der Weizenpreisrückstellungen auch für uns maßgebend sein würden.

#### Die Auslandsreise der Industriellen

M. Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Heute vormittag um 10 Uhr empfing der Reichskanzler die aus Ausland zurückgekehrten Wirtschaftsjahresverständigen zur Fortführung der in der vergangenen Woche begonnenen Besprechungen. Außer dem Reichskanzler nahmen an den Besprechungen teil: Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Treubelander, Reichsbankpräsident Dr. Luther und von der preussischen Staatsregierung Finanzminister Dr. Hüpper-Ashoff und Handelsminister Dr. Schreiber.

#### Pflichtarbeit für Erwerbslose in Danzig

M. Danzig, 16. März. (Tel.) Der Senat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, von der Ermächtigung zur Einführung von Pflichtarbeit für Erwerbslose Gebrauch zu machen, und angeordnet, in sämtlichen Gemeinden die Zahlung der Unterstützung und sonstiger Bezüge aus der Erwerbslosenfürsorge von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, soweit geeignete Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die Arbeitsleistung soll bei den einzelnen Erwerbslosen nicht über 4 Stunden täglich betragen.

begangen haben, und beide erklären, eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei zu sein. Der dritte Täter ist ein aus München seit einiger Zeit nach Hamburg zugewandter Mann namens Schmeper, dessen Wohnung bekannt ist und dessen Spur man bereits aufgenommen hat.

Janßen hat ausgesagt, daß er Henning für das Bürgerchaftsmitglied André gehalten und plötzlich in sinnloser Wut auf ihn geschossen hätte. Bammer will sich ohne Überlegung auf dieser Schießerei beteiligt haben. Beide bestreiten, daß eine Verabredung vorgelegen hätte. Diese Aussagen stehen im Widerspruch zu den bisherigen Zeugenaussagen, die eine planmäßige Vorbereitung der Tat vermuten lassen.

### Zur Reichshandwerkswoche

#### Eine Rede des Staatspräsidenten

Das Handwerk des Kammerbezirks Karlsruhe eröffnete am Sonntagvormittag die Reichshandwerkswoche mit einer gutbesuchten Kundgebung im Konzerthaus in Karlsruhe. Als Ehrengäste waren u. a. erschienen: Staatspräsident Wittenmann mit den Vertretern der Ministerien, die Präsidenten der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion, Febr. von Elk und Laemmlein, Oberbürgermeister Dr. Finter, der Vorstand des Landesgewerbeamts, Oberregierungsrat Buericius, einige Abgeordnete des Landtags sowie Vertreter der Wirtschaftsgesellschaften.

Nach dem Männerchor „Gebet für das Vaterland“, vorgelesen von den Vereinigten Innungs-Gesangsvereinen, ergriff Präsident Wittenmann das Wort zur Begrüßungsansprache. Die Reichshandwerkswoche wolle das deutsche Volk an sein Handwerk und seine Aufgaben in der Wirtschaft erinnern und solle ein Bekenntnis zur Arbeit, Pflicht und Pflichtenfüllung sein, aber auch zur Hoffnung auf eine bessere Zeit. Sie solle Zeugnis ablegen von der ungebrochenen Kraft des Handwerks und dem ungeschwächten Willen, die Schwierigkeiten der Zeit zu überwinden. — Der geschäftsführende Direktor der Handwerkskammer, Endres, sprach dann über Handwerk und Gewerbe in der Gegenwart. Er wandte sich gegen einen einseitigen Individualismus und ebenso gegen eine Überspannung des Kollektivismus, wie sie sich beispielsweise in der Typisierung und Normung des Wohnungsbaues auswirke. Das Leistungsprinzip sei eine der Grundfähigkeiten im Wesen des Handwerks. Der Aufstieg unseres Volkes zu gerechtem Wohlstand werde nur möglich sein durch die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen, geistigen und seelischen Kräfte, ihre Fortentwicklung und harmonische Vereinigung. Das Handwerk sei immer ein ausgleichender Faktor gewesen, es sei und bleibe ein Stück deutscher Kultur. (Lebhafte Beifall.)

Staatspräsident Wittenmann übermittelte darauf die Glückwünsche des Staatsministeriums und führte u. a. aus: Das Handwerk lebt und fühlt sich stark genug, allen Gewalten zum Trotz sich zu erhalten als ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil unseres Volkes. Ich sage nicht zu viel, daß neben dem häuerlichen der gewerbliche Mittelstand die Grundlage eines gesunden Staates bildet nach der Zahl seiner Mitglieder und nach seiner Bedeutung im nationalen Wirtschaftsprozess. Der Handwerker hat das Recht, auf seinen Stand stolz zu sein. Seine Geschichte ist eine ruhm- und ehrenvolle. Handwerk tut not, aber zur Zeit leidet es auch Not! Da will es sich selbst über die Schwere der Zeit hinwegsetzen, aber verlangt in dieser Werbelwoche auch mit Recht von uns allen: „Fördert das Handwerk!“ Das Handwerk lebensfähig erhalten, heißt deutschen Aufbau mitgestalten. Der Staatspräsident schloß seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit dem Appell, dem Handwerk zu helfen zu unserem eigenen, aber auch der ganzen deutschen Heimat Nutzen.

Auf einen weiteren Männerchor folgte ein markantes Schlusswort des Kammerpräsidenten Wittenmann, das zu dem allgemeinen Gesang des Deutschlandliedes überleitete. Damit war die eindrucksvolle Kundgebung beendet.

#### Ausstellung des Landesgewerbeamts Karlsruhe

Ein Rundgang der am Samstag im Landesgewerbeamt Karlsruhe eröffneten Verbeausstellung für das Handwerk zeigt folgendes:

Der Eingangstraum enthält die von den Handwerkskammern gebotenen graphischen Darstellungen der Organisation des Handwerks im Reich und in den Ländern, samt statistischem graphischem Material der Stellung der Handwerksangehörigen im Volksganzen. Besonders Interesse bieten auch die Tafeln des Landesverbandes Badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen über dessen wirtschaftliches und soziales Wirken, samt seinen Erholungsheimen. Die Wichtigkeit des gewerblichen Genossenschaftswesens wird ebenfalls durch einige Tabellen eindrucksvoll veranschaulicht.

Anschließend an den Vorräum zeigt das Baugeerbe in Gesamtheit seine Tätigkeit und in Gegenüberstellungen neuerlicher und früherer Arbeitsweisen.

Vor dem Lichtloft folgt das Schreiner- und Blasergerber, ebenfalls repräsentiert durch fertige Stücke und Darbietung heutiger und einstiger Arbeitsmethoden. Rechts finden wir die ebenfalls Holz bearbeitenden Gewerbe der Drechsler, Holzbildhauer, Marketeure, Kübler und Küfer und der Wagner.

In Verbindung mit den letzteren zeigt das Schmiedehandwerk sein Können.

Die Wichtigkeit des Handwerks als verarbeitendes Gewerbe industriell hergestellter Einzelstücke wird vor allem bei den Installateuren für Elektrotechnik, Gas- und Wasserleitung erkannt, und der Laie lernt bei den ausgestellten Arbeiten erkennen, wieviel handwerkliche Erfahrungen, Tüchtigkeit und Ergriffenheit der Installateur noch aufwenden muß, um die betr. Aufträge befriedigend durchzuführen.

Im übrigen stellt der Blechmeister auch Treib- und sonstige handgefertigte Stücke aus. Am Ende der sichtlich neben dem Lichtloft sich anreihenden Ausstellungsräume hat das Kunsttöpfer-, Hafner- und Ofenfelegewerbe seine Erzeugnisse aufgebaut und versucht, den Ruchelofen wieder in Erinnerung zu bringen.

Um den Lichtofen, in dem die Korbflechterei durch bequeme Sitze und einige andere Stühle vertreten ist, reihen sich in den Kojen an: das Kunsthandwerk der Goldschmiede, Graveure und Bijouerie, die Damenschneider und -schneiderinnen, die Buchbinder und Buchdrucker.

In den Kojen der Schmalseite des Lichtofens findet man die Nahrungsmittelgewerbe: die Bäcker, welche ihrer Darbietung das zeitgemäße Motto: „Nagelbrot“ zugrunde gelegt haben, der Konditor läßt mit Recht auch feillichere Tage erkennen, das Metzgergewerbe wird durch neuzeitliche Metzgerei-einrichtungen gekennzeichnet.

In die nördlichen Ausstellungsräume leitet die Vereinigung der Sattler, Tapeziere und Dekorateur mit ihren vielseitigen Arbeiten über.

Die Kojen der nördlichen Lichtofenwand enthalten die Darbietungen des Schlossergewerbes mit älteren und neueren Arbeiten, sowie Darstellungen von Arbeitsverrichtungen mit neuen Hilfsapparaten. Besonders eindrucksvoll und überzeugend bezüglich früherer und heutiger Arbeitsweisen wird die Schuhmacherei dargestellt. Auch die Herrenschneiderei in alter und neuer Form ist in drahtiger Weise gezeigt. Die neuzeitliche Technik hat, wie die Arbeiten und Arbeitsmethoden vor Augen führen, auch beim Maler- und Tischlergewerbe Eingang gefunden. Den Schluß — oder Anfang, je nach dem — bilden die Photographen, Lithographen und Buchdrucker- und Kalligraphen mit Darstellungen ihrer verschiedenen Techniken in Entschung und Ausführung.

Die Arbeitsmaschinen und Apparate für die verschiedenen Gewerbe haben nachstehende Firmen bereitwillig geliefert: Probana Schuhmachereimaschinen AG, Wuppertal-Barmen, Griesgogen AG, Frankfurt, Griesner AG, Durlach, Gebr. Kohn, Karlsruhe, Lindes Eismaschinen, Mainz, Georg Mappes, Karlsruhe, Gebr. Oberle, Badermaschinen, Billingen, Otto Pfeiffer, Baumaschinen, Karlsruhe, Union-Apparatebau AG, Karlsruhe, Josef Wögele, Maschinenfabrik, Mannheim.

Die Besichtigung der Ausstellung geschah durch die Fachverbände und Innungen der betreffenden Gewerbe, deren Mitglieder sich in dankenswerter Weise für die Durchführung und Bereitstellung von Arbeiten der Ausstellung zur Verfügung stellten. Das Gesamtbild der Ausstellung kann als einseitlich bezeichnet werden, und es ist zu hoffen, daß sie ihre werbende Wirkung bei der Allgemeinheit in wünschenswerter Weise auch ausüben wird.

### Wo wird die Weltabstimmungskonferenz 1932 tagen?

WTW, London, 16. März. (Tel.) Ein Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß es immer zweifelhafter erscheine, ob die allgemeine Abstimmungskonferenz im nächsten Jahre tatsächlich in Genf abgehalten werden würde. Man glaubt — so meint der Korrespondent —, daß Briand, der noch im Januar d. J. für Genf gewesen sei, jetzt überzeugt davon sei, daß man in Genf nicht mehrere Tausend Personen für eine längere Zeitdauer unterzubringen vermöge. Unter diesen Umständen hätten Kaufmann und Luzern gute Aussichten, als Konferenzort auszuweisen zu werden.

Der Zustand Snowdens. Nach dem „Daily Herald“ scheint es zweifelhaft, ob der Schachkanzler Snowden, der sich heute, Montag nachmittag, einer Operation unterziehen wird, persönlich das Budget im Unterhaus einbringen in der Lage sein wird.

Der König von Spanien ist am Freitagabend aus Madrid abgereist, um über Paris, wo er Samstagabend eintraf, nach London zu fahren.

Die Aufhebung der Pressezensur in Spanien ist von der Regierung für den 22. März angeordnet worden. In diesem Tage sollen alle verfassungsmäßigen Garantien wiederhergestellt werden.

Attentat auf einen Sowjetvertreter in Tokio. Der hiesige Handelsfachverständige der Sowjetregierung, Paul Antierow wurde gestern früh 9 Uhr beim Verlassen seiner Wohnung von einem unbekanntem Täter angeschossen und lebensgefährlich verletzt.

### Badisches Landes-theater Carmen

Wenn eine Opernbühne über gar keinen Tenor mehr verfügt, d. h. wenn der Heldenhörer noch kontraktlich beurlaubt und der lyrische Vertreter ernsthaft erkrankt ist, dann muß man froh sein, daß am Platz sich ein Don José mit einer tenoralen Kernstimme von echtem Metall findet — zumal nach dem Aushilfskastspiel in der letzten „Eugenottens“-Aufführung, das geradezu katastrophal geendet haben soll. Dr. Fritz Lang, der sehr dankenswert in die Bresche sprang, ist ja nun in erster Linie als Gesangspädagoge an der badischen Musikhochschule hier bekannt geworden, aber er zählt — gottlob! — dort zu jenen Lehrkräften, die ihren Beruf nicht bloß theoretisch ausfüllen, sondern gegebenenfalls auch praktisch betätigen können. Gerade in dieser Hinsicht dürfte seine Leistung durchaus befruchtend auf seine Lehrtätigkeit auch zurückwirken, denn sie beweist immerhin ein recht imponierendes gesangliches Können und würde wohl bei ständiger Eingliederung in unser Ensemble, bei engerer Kollaboration mit den ungewohnten Regieverhältnissen darstellerisch ebenfalls rasch das Notwendige dazu gewinnen.

Eine freilich noch größere Überraschung bot Ellen Winter in der risikanten Titelpartie. Man hat hier selten eine so jugendlichfrische und unverbrauchte Carmen gehört, u. obwohl sich nach der Seite einer wirklich virtuosen Prägung der Rolle manches doch noch pläntler, spritziger und überlegener denken ließe, so war diesmal zweifelsohne ein richtiges Theaterblut am Werke, um so erfreulicher überdies, weil es sich um einen eigengezüchteten, höchst talentierten jungen Nachwuchshandlende, den sich die Theaterleitung schmeißt für einige Jahre sichern sollte. Es ist übrigens nicht allein die Gesangsleistung allein, die mit ethischen effektiv hingeworfenen Gipfeln Ellen Winter als durchaus annehmbare Kraft erscheinen läßt; es ist zugleich ihre eminente Spielbegabung, die sie samt einer hübschen Erscheinung unbedingt empfiehlt. Ähnliches wollte wohl auch der äußerst lebhaft besetzte des Publikums ausdrücken, der sie insbesondere und sehr verdient auszeichnete.

Die Aufführung unterstand der Leitung von Rudolf Schwarz, der sie — wenn wir nicht irren — gleichfalls zum erstenmal und zwar mit außerordentlich betonter Sensibilität dirigierte. Außer Hans Mittsch, der (für uns wenigstens neu) mit seinem Escamillo eine recht günstige Wirkung erzielte, fiel besonders wieder Lotte Fritsch auf, die mit ihrem glodentönen, exakt sitzenden Sopran das Problem der Höhenfunktion in der Frasquita-Rolle so überaus leicht löste. Auch in diesem Fall mühte man sich rechtzeitig abzugeben, wie eine so ausgesprochene Koloraturbreite, der eigentlich nur noch etwas das Volumen, nicht aber das technische Können bis hinauf zur Region der dreieckigen Otaven mangelt, am Ort ihrer frappant schnellen und schönen Entwicklung zu halten sei.

### Aus dem Reichstag

#### Stegerwald über die sozialen Versicherungen

Der Reichstag erledigte am Samstag zunächst die zweite Beratung des Genfer Abkommens vom 24. März 1930. Dieses Abkommen, das die Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, eine Art Zollwaffenstillstand, proklamiert, verpflichtet die Vertragspartner zum Verzicht auf die Kündigung der zwischen ihnen abgeschlossenen Handelsverträge unter Einschaltung einer ganzen Reihe von Ausnahmebestimmungen.

Von den Vertretern der Landvolkpartei, der Bayerischen Volkspartei und der Volkspartei wurde die Ratifizierung dieses Abkommens mit großer Schärfe bekämpft. Man befürchtete dabei eine Störung der zum Schutze der Reichswirtschaft eingeleiteten Zollpolitik und eine Hemmung der deutschen Handelsfreiheit in der weiteren Handelspolitik. Unter Billigung der Grundtendenzen des Abkommens erklärte sich auch die Wirtschaftspartei gegen seine Annahme wegen verschiedener Einzelheiten. Für das Abkommen traten Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei, Kommunisten und die Mehrheit der Deutschen Volkspartei ein. Mit der aus diesen Parteien gebildeten Mehrheit — die Deutschnationalen und Nationalsozialisten fehlen ja noch immer — wurde das Genfer Abkommen in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wird am Montag folgen.

Dann wurde die zweite Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums vorgenommen. Minister Stegerwald nahm nochmals das Wort, um auf die Anregungen der verschiedenen Redner einzugehen. Er äußerte dabei Bedenken gegen den Vorschlag der Errichtung von Erlassklassen der Anstellungen bei der Arbeitslosenversicherung. Wie man diese guten Klassen aus der Arbeitslosenversicherung herausnehme, dann würde der Beitrag der Zurückbleibenden zu hoch sein müssen. Der Minister erörterte weiter die Notwendigkeit der schleunigen Sanierung der Knappschaftsversicherung.

Aber diese Frage soll am heutigen Montag im Sozialpolitischen Ausschuss und weiter in einem besonderen Unterausschuss verhandelt werden.

Von verschiedenen Rednern wurde die schwere Finanznot der Gemeinden erörtert, die durch die wachsenden Wohlfahrtslasten entstanden ist.

Heute, Montag, wird die Beratung fortgesetzt, und voraussichtlich zu Ende geführt. Auf der Tagesordnung steht auch die dritte Beratung des Genfer Handelsabkommens.

#### Das Befinden Hermann Müllers

Samstagabend wurde, nachdem sich das Befinden des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller stark gebessert hatte, in Berlin der angekündigte operative Eingriff vorgenommen. Es wurden ein großer Hohlzahn in und um der Gallenblase und sehr viele Steine entleert. Der Patient verbrachte die Nacht darauf ruhig.

WTW, Berlin, 16. März. (Tel.) Im Befinden des früheren Reichskanzlers Hermann Müller ist eine deutliche Besserung feststellbar. Das offizielle Bulletin, das die ihn behandelnden Professoren herausgegeben haben, lautet: Die Operation hat den gewünschten Erfolg gehabt. Allgemeinbefinden und Temperatur gebessert. Der Patient hat eine ruhige Nacht verbracht.

#### Um den Schenker-Vertrag

Die Kleine Anfrage des Abg. Dr. Süßner (Dnail.) über den Schenker-Vertrag hat das Reichswirtschaftsministerium wie folgt beantwortet: Zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Firma Deutsche Bahnpedition Schenker & Co. G.m.b.H. in Berlin ist am 4./5. Februar 1931 ein Vertrag über Vollfuhrdienst, Bahnpedition, Verkehrsvermittlung und Kraftwagenverkehr abgeschlossen worden. Der Reichsverkehrsminister vertritt die — nicht unbestrittene — Auffassung, daß für diesen Vertrag die Zustimmung der Reichsregierung gem. § 31 des Reichsbahngesetzes erforderlich ist. Auf jeden Fall bedarf der Vertrag genauer Prüfung. Das Reichswirtschaftsministerium hat den Reichsverkehrsminister erucht, die Nachprüfung in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen durchzuführen, die Regierungen der größeren Länder an der Prüfung zu beteiligen und auf die sich als notwendig erweisenden Änderungen mit Nachdruck hinzuwirken.

#### Drohbriefe an die Reichsbahn

Die preussischen, bayerischen und badischen Polizeibehörden haben sich in den letzten Wochen mit einem sensationellen Erpressungsversuch beschäftigt, als dessen Opfer der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dormmüller, auszuweisen war. Die Erpresser kündigten die schwersten Attentate an, falls ihnen nicht ein Barbetrag von 100 000 RM ausgehändigt würde. Die Briefe an Generaldirektor Dormmüller sind zum Teil in Baden, zum Teil in Bayern ausgegeben worden. Die Erpresser haben genaue Angaben darüber gemacht, welche Eisenbahnbrücken sie zu sprengen beabsichtigen, und haben sogar die Röhren besessen, Vorrichtungen über die Auslösung des Geldes zu machen. Spuren wiesen darauf hin, daß die Verbrecher ihren Sitz in Bayern hatten. An eine Stelle, die von den Erpressern angegeben war, wurde ein Paket mit ungelieblichen Geldscheinen gelegt, und die Verbrecher haben in der Tat die Unversehrtheit besessen, das Paket abzuholen, ohne daß man ihrer habhaft werden konnte. Als die Erpresser sich entschieden haben, richteten sie neue Drohbriefe an Dormmüller und gaben einen neuen Ort an, wo das Geld deponiert werden sollte. Ein zweites Mal sind sie jedoch nicht mehr erschienen.

Steiners Haftbeschwerden abgelehnt. Der wegen der bekannten Hochverratsverbrechen im Untersuchungsgefängnis Kaiserlautern befindliche Separatist Steiner hat Haftbeschwerden erhoben, die jedoch vom Reichsanwalt zurückgewiesen wurde. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Schweizer Volksabstimmung. Bei einer Schweizer Volksabstimmung am Sonntag wurde die Vorlage über eine Verkürzung des Nationalrates von 204 auf 187 Mitglieder durch Erhöhung der Wahlzahl für ein Mandat von 20 000 auf 22 000 Seelen der Gesamtbevölkerung mit einer schwachen Mehrheit der Volkstimmen und mit Mehrheit der Kantonsstimmen angenommen, desgleichen die Vorlage über eine Verlängerung der Amtsdauer des Nationalrates und des Bundesrates von drei auf vier Jahre.

Ministerjubiläum Briands. Aristide Briand feierte am Samstag das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit als Minister. Am 14. März 1906 trat Briand, der damals 43 Jahre alt war, zum erstenmal in eine Regierung ein. Seit diesem Zeitpunkt hat der jetzige Minister 25 verschiedenen Ministerien angehört und ist elfmal Ministerpräsident gewesen. Am häufigsten war er Außenminister, nämlich nicht weniger als 16 mal. Der Außenminister verbringt sein Jubiläum in aller Stille auf seinem Landgut Cocherel.

### § 218 StGB.

#### Die württembergischen Ärzte zum Fall Wolf

Die Württ. Ärztekammer gibt im „Medizinischen Korrespondenzblatt für Württemberg“ bekannt:

„Das ungewöhnlich starke Interesse, das nach der Verhaftung des Dr. med. Friedrich Wolf und der Frau Dr. med. Jakobowitz-Kienle die Öffentlichkeit überhaupt und die Presse dem § 218 des StGB. entgegenbringt, gibt Veranlassung, der Ärzteschaft wie der Öffentlichkeit den Standpunkt in Erinnerung zu bringen, den die Vertretung der Deutschen Ärzteschaft, der Deutsche Ärztetag und mit ihr die gesetzliche Vertretung der württembergischen Ärzte dieser Frage gegenüber einnimmt.

Die notorische Überhandnahme von Abtreibungen, Forderungen politischer Kreise und ihnen nachstehenden Ärzten auf Aufhebung des § 218 nach sowjetrussischem Vorgang, sowie die vom Reichstag gewünschte Reform der Strafgesetze überhaupt, hatten im Jahre 1925 den Deutschen Ärztetag in Leipzig veranlaßt, die Frage einer Änderung des § 218 auf seine Tagesordnung zu setzen. Die vom Berichterstatter vorgelegene Leitsache wurden auf dieser von 287 Delegierten besuchten Tagung, die 33 581 Ärzte vertraten, angenommen. Es wird darin u. a. zum Ausdruck gebracht:

Die bedenklich gewachsene Abtreibungsjucht ist in sozialwirtschaftlichen und seelisch-ethischen Ursachen begründet; sie kann durch strafgesetzliche und polizeiliche Verbote allein nicht bekämpft werden. Für den Arzt bedeutet die Schwangerschaft eine normale Körperfunktion der Frau, mit dem Ergebnis der Fortpflanzung und Erhaltung der Art. Deshalb kann die Unterbrechung einer Schwangerschaft und damit die Vernichtung eines künftigen Lebens vom ärztlichen Standpunkt aus nur mit einer bestehenden oder drohenden erheblichen Gefahr für das Leben der Schwangeren begründet werden. Eine Aufhebung der gesetzlichen Strafbestimmungen wäre ein verhängnisvoller Mißgriff. Gemütslosige Zunahme der Abtreibungen, weitere Verwilderung der Geschlechtsitten, Vermehrung der Geschlechtskrankheiten wäre die unausbleibliche Folge.

Anzustreben ist im Strafgesetze: a) Eine Änderung der bestehenden Strafbestimmungen in dem Sinne, daß durch Herabsetzung der unteren Strafgrenze bis zu völliger Straferlass dem Richter die Möglichkeit gegeben wird, besonderen Notlagen oder drängenden Beweggründen gerecht zu werden. b) Eine gesetzliche Bestimmung, derzufolge die Unterbrechung einer Schwangerschaft, die durch gerichtlich erwiesene Notzucht entstanden war, nicht rechtswidrig sein soll. Straffreiheit der Schwangeren als Belohnung für das Ansehen der Person, die geweremäßig Beihilfe geleistet hat, ist aus allgemeinen Rechtsgründen abzulehnen. Eine allgemeine ärztliche Anzeigepflicht für Aborte ist als Mittel zur Eindämmung der Abtreibung nutzlos und nur geeignet, die an den Folgen der Abtreibung Erkrankten von der Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe abzuhalten und Kurpfuschern in die Hände zu treiben. Eine Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt nach den Regeln der Wissenschaft, insbesondere zur Beseitigung einer bestehenden oder drohenden erheblichen Gefahr für Gesundheit oder Leben der Schwangeren ist nicht rechtswidrig und keine Abtreibung im Sinne des Strafgesetzes. Eine ausdrückliche Bestimmung dieser Art im Strafgesetze.

In der Folge hat die Württ. Ärztekammer unter ihrem ersten Vorsitzenden Hof sich mehrmals mit dieser Frage beschäftigt und sich zu den Leitsätzen bekannt. Die vorgeschlagene Milderung der Strafbestimmungen ist bis heute nicht eingetreten, weil bekanntlich die Reform des Strafrechts überhaupt noch aussteht.

Wir wissen, daß in der deutschen Ärzteschaft wie in der württembergischen sich Kollegen befinden, die das Gesetz selbst, wie den offiziellen Standpunkt ihrer Landesvertretung bekämpfen und aus ehrlicher Überzeugung einer gänzlichen Beseitigung des § 218 und einer Freigabe der Vernichtung künftigen Lebens das Wort reden.

Aber so wenig der Staat dem Bürger sonst gestattet, Gesetzesbestimmungen, die er für falsch hält oder die ihm unangenehm sind, zu übertreten, so wenig darf der Arzt sich solches anmaßen.

#### Streit der französischen Bergarbeiter verschoben

WTW, Paris, 16. März. (Tel.) Die kommunistischen Bergarbeitergewerkschaften in Lille und St. Etienne haben ebenso wie die Gewerkschaften in Douai eine Verschiebung des für heute anberaumten Streiks auf den 30. März beschlossen. In der vergangenen Nacht waren an verschiedenen Telegraphenstationen in der Gegend von Lille rote Fahnen mit Hammer und Sichel und aufreizenden Inschriften angebracht worden.

#### Kleine Chronik

Das Fußball-Länderspiel Frankreich-Deutschland im Pariser Stadion Colombes endete vor 50 000 Zuschauern mit einem 1:0 Siege der Franzosen. Der Sieg wurde durch ein Eigentor der Deutschen ermöglicht.

Zwei maskierte Räuber drangen in der vergangenen Nacht in die Abrechnungsstelle der städtischen Bahnen in Solingen ein und zwangen die dort anwesenden Beamten mit vorgehaltenem Revolver, die Schlüssel zum Geldschrank ihnen auszuliefern. Nach Innebeln und Festhalten der Beamten und Raubten aus dem Tresor etwa 9000 Reichsmark. Die beiden Räuber sind etwa 25 Jahre alt. Einer von ihnen sprach französisch.

In Hamburg überfiel ein von einem Ausgang heimkehrendes Ehepaar Einbrecher. Diese gaben sofort mehrere Revolverkugeln ab. Die Frau war sofort tot. Der 60 Jahre alte Chemann erhielt einen schweren Bauchschuß. Es gelang, einen der Täter festzunehmen.

Auf der Zeche Engelsberg in Bochum haben die Wasserflüsse auf der Schachtanlage seit Samstag ständig abgenommen, sind aber auf der sechsten Sohle noch beträchtlich.

In Schuls-Tarasp (Schweiz) wurde bei einer 98 Meter tiefen Bohrung ein kalter Geysir erschlossen, der alle 15 Min. eine Eruption erfährt und mehr als 100 Liter eines für gewöhnlich Mineralwasseres etwa 10 Meter hoch in die Luft schleudert. Nach der Eruption fließt kein Wasser mehr aus dem Bohrloch, wohl aber ein Strom von 100proz. Kohlenäuregas. Der neue kalte Geysir im Karl der Ruchausgesellschaft Tarasp ist nicht nur der einzige in der Schweiz, sondern im ganzen Alpengebiet.

Im Staatsgefängnis in Joliet (Illinois) kam es zu einem schweren Aufruhr von 1500 Sträflingen. Der Aufruhr wurde niedergeschlagen. Vier Sträflinge wurden verwundet, davon zwei schwer.

In einem Straßenbahnwagen in Buenos Aires explodierte in einer der belebtesten Straßen der Stadt eine Bombe. Sie war im Besitz eines italienischen Anarchisten aus Cordoba namens Pieretti. Der Italiener und zwei andere Fahrgäste, darunter eine Frau, wurden sofort getötet, während drei Fahrgäste schwer und eine Anzahl leicht verletzt wurden.

# Badischer Teil

## Verband Badischer Gemeinden

Der Verband badischer Gemeinden hielt am Sonntag in Weil a. Rh. eine Versammlung ab, um zu den verschiedenen aktuellen Gemeindefragen Stellung zu nehmen. Die Versammlung war aus dem Kreise überaus gut besucht, ebenso war das Präsidium des Verbandes anwesend, außerdem der Vorsitzende des badischen Bürgermeistervereins, Bürgermeister Koch, Ladenburg, und der Direktor Gram von der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein ausführliches Referat des Vorsitzenden des Verbandes badischer Gemeinden, Bürgermeister Menges von Gernsbach. Er forderte u. a. eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung, die etwa in der Bildung eines kommunalpolitischen Ausschusses beim Bad. Landtag gefunden werden könne. Bei der Verwaltungsreform soll der weiteren Aufhebung von staatlichen Bezirksstellen entgegengetreten werden, doch wird andererseits angeregt, die Zahl der Kreise auf etwa vier zu ermäßigen, um diese leistungsfähig und für einen Lastenausgleich zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden innerhalb eines zusammenhängenden großen Wirtschaftsgebietes fähig zu machen. Das passive Wahlrecht der Gemeindebeamten wird nicht beanstandet, dagegen wird zur Schlichtung von Streitigkeiten über Dienstverhältnisse eine Schlichtungsinstanz für erforderlich gehalten. Hinsichtlich der Gebäudeversicherung bekämpft der Verband die städtischerseits wiederholte Verlangung der Einführung der Gefahrenklassen und regt an, zur Bekämpfung der Brandgefahr die Brandstifter generell mit Zuchthaus zu bestrafen. Bei Schaffung eines Feldbereinigungsgebietes soll der Hauptteil der Kosten vom Staat übernommen werden, da sonst die Durchführung unmöglich sei.

Einen sehr breiten Raum nahm das Steuer- und Finanzwesen ein. Hier, wie überhaupt in der ganzen Tagung, drückte sich deutlich die große Notlage der kleinen Gemeinden aus. In der Hauptsache sind es auch hier die Fürsorgelasten, die die Gemeinden neben den Straßenträgern und sonstigen Belastungen besonders bedrücken. Die Einteilung in drei Gemeindegruppen soll in Wegfall gebracht werden und die Untereinteilung der Einkommens- und Körperschaftssteueranteile soll mehr nach der Einwohnerzahl erfolgen. Hierbei wird besonders erwähnt, daß die durch die Notverordnung geschaffenen Steuern — wie Bier- und Getränkesteuer usw. — namentlich den kleinen Gemeinden so gut wie keinen Nutzen bringen. Hervorzuheben ist, daß zum Beispiel der Gemeindesteuerzufuß infolge der bisherigen einseitigen Belastung in sehr vielen kleinen Gemeinden 1,50—4 M. pro 100 M. Grundvermögen beträgt, gegenüber 66—115 Pf. in den Großstädten. Die Gemeinden kämpfen vor allen Dingen dafür, daß der Staat raschstens für die Übertragung der gehobenen Fürsorge, mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, auf die Gemeinden Sorge trägt, da sich die Errichtung der Bezirksfürsorge als verfehlt herausgestellt habe.

Zu Bürgermeisterfragen sprach dann noch der Vorsitzende des Bürgermeistervereins, Koch, Ladenburg, während Direktor Gram über die Grundlagen der Versicherungsanstalten referierte.

## Neue Jugendherbergen und Eigenheime in Konstanz und Hornberg

Unter der Führung von Oberbürgermeister Dr. Moeride wird in Konstanz der neue Wafferturm auf der Allmannsdorfer Höhe nach dem Beschluß des Bürgerausschusses zu einer großen Jugendherberge ausgebaut, die etwa 150 Betten umfaßt. Dazu wurde das am Fuße des Wafferturms stehende ehemalige katholische Pfarrhaus von der Stadt käuflich erworben. Es wird als Mädchenherberge eingerichtet. Oberbürgermeister Dr. Moeride hat selbst Privatwohnungen in Höhe von etwa 50 000 M. für diesen Zweck erhalten. Hiermit ist ein großzügiges soziales Werk auch in Konstanz geschaffen. Mit einer Zahl von mindestens 20 000 Übernachtungen kann Konstanz nun sicher rechnen. Für Verkehr und Handel ein wichtiger Punkt.

Die Badischen Jugendherbergen haben in Hornberg ein kleineres Haus gekauft und werden es als Jugendherberge eingerichtet. Auch hier wurde der Plan von der Gemeindebehörde außerordentlich stark gefördert.

## Das Verfahren gegen Pfarrer Edert

Heute, Montag vormittag, 9 Uhr, ist im Gebäude des Obamg. Obergerichtsrats in Karlsruhe erstmals das kirchliche Verwaltungsgericht zusammengetreten, um sich mit dem Fall des Pfarrers Edert (Mannheim) zu beschäftigen.

## Raubüberfälle auf Landkraftposten

Die zunehmende Gefahr von Raubüberfällen auf Landkraftposten hat die Postverwaltung veranlaßt, bei Fahrten der Landkraftposten in der Dunkelheit die Mitnahme von Geldern und Wertsendungen auszuschießen, und damit auch die Einlieferungsmöglichkeit dieser Sendungen bei den Poststellen in Landorten bis auf weiteres einzuschränken. Die Sicherheit der Sendungen verlangt von der Öffentlichkeit, diese Maßnahme vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Vom Badischen Waldbesitzerverband. In einer in Offenburg abgehaltenen Ausschußung des Bad. Waldbesitzerverbandes wurde Oberbürgermeister i. N., Lehmann (Willingen), der seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1917 an dessen Spitze steht, einstimmig erwählt, das Amt als Vorsitzender weiterzuführen.

Colosseumtheater. Auf die heute abend 8 Uhr stattfindende Premiere der sensationellen Pariser Original Revue „Le Chic de Paris“ wird nochmals aufmerksam gemacht. Diese Revue, die bis jetzt in allen Weltstädten die größten Erfolge feierte, dürfte auch in Karlsruhe ihre Wirkung nicht verfehlen. Unter enormen Ankosten, um dem Publikum immer nur das Beste zu bieten, hat die Direction des Colosseumtheaters dieses Gastspiel auf 14 Tage nach hier verfrachtet. Die Revue zeigt in bunter Reihenfolge 30 Bilder in fabelhafter Ausstattung. 25 der hübschesten und elegantesten Pariserinnen wirken mit. Da der Vorverkauf bereits lebhaft eingeleitet hat, empfiehlt es sich, Eintrittskarten rechtzeitig im Zigarrenhaus Weyle, Ede Waldstraße und Passage, zu besorgen.

Bericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat sich verflüchtigt und wird unsere Bitterung weiterhin beherrschen. Eine überraschende Schneeschmelze ist daher noch nicht zu erwarten. Voraussage: Fortdauer des meist heiteren Strahlungswetters. Nachfröste, am Tage milde.

Wasserstände: Waldshut 266 minus 3, Basel 76 minus 9, Schusterinsel 133 minus 14, Rehl 290 minus 12, Raxau 475 minus 7, Mannheim 388 minus 17, Caub über 200 Zentimeter.

## Aus der Landeshauptstadt Oberschlesien-Gedenkteile in Karlsruhe

Die zehnjährige Wiederkehr des ober-schlesischen Abstimmungstages, die in allen Teilen des Reiches zum Anlaß mächtiger Kundgebungen genommen worden ist, hat auch in Karlsruhe ihren Niederschlag in einer großen Kundgebung gefunden, die am Sonntagvormittag in der städtischen Festhalle für Ober- und Niederschlesien von dem Karlsruher Schlierenverein veranstaltet wurde. Unter den außerordentlich zahlreich erschienenen Gästen der Veranstaltung sah man neben dem Karlsruher Oberbürgermeister, dem das Protokoll übertragen worden war, namhafte Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden sowie Abordnungen der zahlreichen besiedelten Verbände.

Die von Gesangsbeiträgen des Kameragejüngersvereins Concordia und von musikalischen Darbietungen der badischen Polizeikapelle umrahmte Veranstaltung gipfelte in einem Vortrag des Landrats Dr. Urbanek, Weuthe, über Recht und Gewalt in der ober-schlesischen Abstimmung. Dr. Urbanek ging davon aus, daß Deutschland aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Abstimmung in Oberschlesien keine Siegesfeier begehen könne. Trotz des Abstimmungserfolges ist der Kampf um Oberschlesien zu Deutschlands Ungunsten ausgefallen. Bei dem einwandfrei klaren Rechtsstandpunkt, den Deutschland in der Oberschlesienfrage einnehmen berechtigt ist, sind wir leider nicht in der Lage, im Augenblick eine für Deutschland gerechte Lösung herbeizuführen; es muß aber unsere Aufgabe sein, heute und immer wieder der Welt den Spiegel ihrer abscheulichen Frage vorzuhalten, und wir müssen uns selbst in der Wahrheit den Mut, den Schwung und die Sicherheit geben, um den unerhörten Standal um Oberschlesien wieder aufzurollen, wenn es einmal an der Zeit ist. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied beschloß diese ernste und eindringliche Ermahnung.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung, die dem Reichstagskanzler gedruckt wurde, wird die Reichsregierung gebeten, weiterhin mit unbegrenztem Willen die Revision der unfairen Grenzführung im Osten und den Widerruf des unglückseligen Senfer Vertrages zu erstreben, weil das Recht auf deutscher Seite und das Recht die Grundlage für einen Völkervertrag ist. Weiter wird erwartet, daß in Zukunft der deutschen Minderheit in Polen das gleiche Recht zuteil wird, wie der polnischen Minderheit in Deutschland.

In Mannheim veranstaltete im Rajenfaal des städt. Rosengartens der Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen sowie der Schlierenverein Mannheim-Ludwigshafen eine Kundgebung für den bedrängten Osten, wobei gleichfalls Landrat Dr. Urbanek (Weuthe) sprach. Unter den Ehrenvätern befanden sich Vertreter der Regierung und der Stadtverwaltung. In einer an den Reichstagskanzler gerichteten Entschließung wurde die Verankerung der Kreuze der Anwesenden ausgedrückt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bemühungen der Reichsregierung, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, mit Erfolg gekrönt werden.

Eine neue Fliegerkaserne in Karlsruhe. In der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe, deren Flugplatz einen bevorzugten Platz im deutschen und internationalen Luftstratenetz einnimmt, regt sich in letzter Zeit der luftspordliche Gedanke immer mächtiger. Zwei dem Flugwesen nahestehende örtliche Vereine haben sich jetzt zu einer Ortsgruppe des Badisch-Pfälzischen Luftfahrervereins zusammengeschlossen, der am 29. März mit der Taufe seines ersten Schiffsflugzeuges eine Vereinsfliegerkaserne in Karlsruhe gründet. Der Schulbetrieb wird lehrreiche Gebiete des ballon-, motorflug- und segelflughafens umfassen. Am 6. September d. J. findet im Rahmen des großartigen Veranstaltungsprogramms der alljährlichen „Karlsruher Herbsttage“ der erste Süddeutsche Fußball-Wettbewerb in Karlsruhe statt.

Zwei Schadenfeuer — 8 Tiere verbrannt. Am Sonntagabend entstand in einem Lagerstuppen in der Schwindstraße, welcher auch als Stall benutzt wurde, aus bisher noch nicht geklärt Ursache ein Brand. Der aus Holz gebaute Schuppen ist vollständig niedergebrannt. Dem Brand fielen ferner zwei Pferde, 4 Ziegen und 2 Hunde zum Opfer. Es gelang, das Übergreifen des Feuers auf Nachbargebäude zu verhindern. — Ferner ist am Sonntag früh in einem Kohlenlager in der Wolfswälderstraße ein Schadenfeuer entstanden. Ein Lagerstuppen mit Holzkohlenboräden ist teilweise abgebrannt. Die Berufsfeuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken. Es besteht Verdacht der Brandstiftung.

Badisches Landestheater. Die nächsten Wiederholungen sind im Schauspiel: am heutigen Montag, Maurice Kostand „Der Mann, den sein Gewissen trieb“ (für die Volksbühne), und am Donnerstag, dem 19. März, Alexander Engels Lustspiel „Sylvia taucht sich einen Mann“; in der Oper: „Der Rastenkavaller“ von Richard Strauß am Dienstag, dem 17. März. Am Freitag, dem 20. März, findet ein Tanzabend statt mit den Wiederholungen von Mozarts hier uraufgeführter „Lebensprobe“ und der „Josephslegende“ von Richard Strauß. Das 8. Sinfoniekonzert unter Leitung von Rudolf Schwarz am Mittwoch, dem 18. März, bringt Mozarts „Jupiter-Sinfonie“, die Erstaufführung des Oboenkonzertes von Haydn (Solist: Paul Kämpfe) und das Capriccio spagnolo von Rimsky-Korsakow. Als „Konzert des Landesballettensembles“ findet am Samstag, dem 21. März, ein „Wiener-Abend“ mit Kompositionen von Franz Schubert und Johann Strauß statt (Gesangssolistin: Lotte Fischbach). Für Sonntag, den 22. März, stehen zwei Erstaufführungsvorstellungen bevor: Im Landestheater ein Puccini-Abend mit den Opern „Der Mantel“, „Schwester Angelica“ und — neuentdeckt — „Gianni Schicchi“; im Konzerthaus: der Operettenschwanz „Meine Frau, das Fräulein“ von Ferletti, Musik von Hermann Weuthe.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Das Urteil im Würkle-Prozess  
Se fünf Jahr Zuchthaus

Im Prozeß gegen die beiden Inhaber des früheren Bankhauses Otto Würkle & Co. in Freiburg, wurde Samstag abend das Urteil verkündet. Beide Angeklagte, Otto Würkle und Karl Gerling, erhielten je fünf Jahre Zuchthaus und je fünf Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungsbehörde mit je 1 1/2 Jahren wird in Anrechnung gebracht. Beide Angeklagte nahmen das Urteil ziemlich gefaßt entgegen.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende auf die schwierige Frage der Entscheidung hinsichtlich des Strafmaßes hin. Für betrügerischen Bankrott und schwerer Depotunterschlagung sei als Normalstrafe Zuchthaus angefaßt. Das Gericht sei zu der Auffassung gelangt, daß angesichts der großen Schäden an den Gläubigern, besonders der vielen kleinen Kunden, die ihre Ersparnisse verloren haben und angesichts der Tatsache, daß die Verluste in die Millionen gehen, keine milderen Umstände zugubilligen seien. Das Gericht sei zu der Meinung gelangt, daß hier mit Geldern in einer Weise geäußt worden sei, wie es nur bei echten Bankrotturen vorkomme. Ein Betrag zum Nachteil des Caritasverbandes konnte nicht nachgewiesen werden. Von Anfang an bestand

zwischen Caritasverband und Würkle-Bank eine Interessengemeinschaft. Es hätten gemeinsame Metageschäfte stattgefunden, und der Caritasverband habe immer ein großes Interesse an der Liquidität der Bank gehabt. Dieser habe auch Sicherheiten, die er verlangte, in entsprechender Höhe erhalten. Daher könne von einer betrügerischen Absicht seitens der Bank nicht gesprochen werden. Bei der Besprechung des Betruges zum Nachteil des Klosters St. Trudpert erwähnte der Vorsitzende u. a., daß es dem Angeklagten Gerling leicht gewesen sei, den Schwestern Karzuzumachen, ihren Namen unter einen Wechsel zu schreiben, nachdem er sich durch auffälliges Beten in der Kirche das besondere Vertrauen der Schwestern erworben hatte. Ein Mann von den geistigen Fähigkeiten Gerlings hätte sich niemals an eine 60jährige einfache Frau herannähern dürfen, um sie zu veranlassen, Wechsel zu unterschreiben, von deren Bedeutung sie keine Ahnung hatte.

ld. Schwellingen, 14. März. Bei der Submission der Linderarbeiten im Kreisaltersheim haben sich ungläubliche Differenzen ergeben. Das höchste Gebot war 26 094 M., das niedrigste 7954 M.

ld. Lahr, 14. März. Seinen 90. Geburtstag feierte am Samstag in guter Rüstigkeit Altbürgermeister Andreas Gähler im benachbarten Metersheim. Der Altersjubililar war 1896 bis 1901 Bürgermeister der Gemeinde und hat sich, da er vorher schon eine Reihe von Jahren als Gemeinderat für sie tätig war, um ihr Wohl verdient gemacht.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	13. März		14. März	
	Geld	Beit	Geld	Beit
Amsterdam 100 G.	168.21	168.55	168.16	168.50
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.21	112.43
Italien . . . 100 L.	21.99	22.03	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.385	20.425	20.384	20.424
New-York . . 1 D.	4.1970	4.2050	4.1965	4.2045
Paris . . . 100 Fr.	16.416	16.456	16.419	16.459
Schweiz . . . 100 Fr.	80.73	80.89	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	58.98	59.10
Prag . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.429	12.449

Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vormoche um 0,4 v. H. auf 114,3 gestiegen.

Badische Bank, Mannheim. Die Versammlung der Aktionäre hat ohne Debatte die Regularien genehmigt. Aus dem Gewinn von 1 009 817 (1 302 959) M. kommt eine Dividende von 10 (11) Proz. zur Verteilung, 200 000 M. werden vorgetragen. Aus der Präferenzliste ergab sich, daß der badische Staat ein Aktienkapital von 2 000 000 M., die Deutsche Bank und Discontogesellschaft ein solches von 4,12 Millionen Reichsmark Stammapfien vertrat.

## Staatsanzeiger

An die Gemeinden (Gemeindeverbände), Kreise und ihre Staatsaufsichtsbehörden:

Begrenzung der Ausgaben der Gemeinden. Gemäß § 1 Absatz 4 in Verbindung mit § 3 des Kapitels I des zweiten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 617), sind die Gemeinden (Gemeindeverbände) und Kreise verpflichtet, die im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931 eingestellte Gesamtsumme der Ausgaben im Vollzug nicht zu überschreiten. Abweichungen von dieser Vorschrift sind nur mit Zustimmung des Herrn Finanzministers und nur dann zulässig, wenn infolge besondere Verhältnisse Ausgaben entstanden, die in dem Rechnungsjahr im Rahmen der Ausgabenbegrenzung nicht ausgeglichen werden können; solche Abweichungen dürfen vor Erteilung der erforderlichen Zustimmung nicht zum Vollzug kommen. Dahingehende Anträge sind mit den zu ihrer Begründung erforderlichen Unterlagen durch Vermittlung der Staatsaufsichtsbehörde zunächst hierher vorzulegen.

Karlsruhe, den 14. März 1931.  
Der Minister des Innern  
J. Wittmann

Dem Thüringer Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.  
Karlsruhe, den 12. März 1931.  
Der Minister des Innern  
Wittmann.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:  
Professor Ludwig Frebel an der Oberschule in Baden zum Direktor an der Realschule in Gernsbach; Direktor Wilhelm Grein an der Aufbauoberrealschule in Tauberbischofsheim auf Ansuchen zum Professor am Verhuldsgymnasium in Freiburg

Berufen in gleicher Eigenschaft:  
Direktor Ludwig Schmitt von der Realschule in Waldbrunn an die Aufbauoberrealschule in Tauberbischofsheim.

Ihren Amtspflichten kraft Gesetzes enthoben:  
Professor für Physik an der Universität Heidelberg, Geh. Rat Dr. Philipp Renard, Professor für Geologie und Palaeontologie an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Wilhelm Deede, Professor für Mathematik an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Lothar Gessner, Professor für Klassische Philologie an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Otto Zimmisch.

Kraft Gesetzes treten in den dauernden Ruhestand:  
Rektor Johannes Rill in Bretten; Fachlehrer Gustav Adolf Kettner I an der Uhrmacherschule in Furtwangen; Hauptlehrer Gustav Bussmer in Weinheim; Hauptlehrerin Karolina Gorch in Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:  
Professor Immanuel Külle an der Zepelinoberschule in Konstanz; Studienrat Dipl.-Ing. Gottfried Grimmer an der Gewerbeschule in Lahr

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:  
Studienrat Arthur Fritz an der Humboldtschule in Karlsruhe; Hauptlehrer Franz Stenzel in Pforzheim.

Verstorben:  
Sanitaroberhauptlehrerin Frau Walburga Wagner geb. Schäffner, am Realgymnasium mit Oberschule in Weinheim.

# Schafft dem Handwerk Arbeit

Handwerksarbeit immer gut und preiswert!

Innungen und Fachvereine

<b>Bäcker-Innung</b> §. 41	<b>Buchbinder-Innung</b> §. 38	 <p><b>Handwerk tut not!</b> <b>Sördert das Handwerk!</b></p>	Bei Vergebung von Arbeiten berücksichtigen die	<b>Friseur-Innung</b> §. 37
<b>Glaser-Innung</b> §. 46	<b>Herrenschneider-Innung</b> Geschäftsstelle: Steinstraße 23 §. 43		<b>Freie Dachdecker-Innung</b> Karlsruhe §. 45	<b>Malermeister-Vereinigung</b> e. V. Karlsruhe. Geschäftsstelle: Amalienstr. 42a, Tel. 2797 §. 39
<b>Metzger-Innung</b> §. 42	<b>Innung der Karlsruher Blechner- u. Installateurmeister</b> §. 47	<b>Baugewerbe-Innung</b> §. 48	<b>Von Stahl und Eisen ein Band für Schlosserzunft und Vaterland</b>	

## Zentralhandelsregister für Baden

**Achern.** A.506. Zum Handelsregister wurde eingetragen: Firma „Gebrüder Perazzi, Furschenbach“. Offene Handelsgesellschaft. Geschäftsführer: Pasqual Perazzi, Steinbauermeister in Furschenbach, und Luigi Perazzi, Steinbauer in Waldbaum.

Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1931 begonnen. Der Ehefrau des Gesellschafters Pasqual Perazzi, Frieda geb. Kodapp in Furschenbach, ist Procura erteilt.

Achern, 4. März 1931.  
Bad. Amtsgericht.

**Baden-Baden.** A.507. Handelsregistereintrag Abt. A Band III D.-3. 102 — Firma G. F. S. Lorenz & Co., Holz- und Rohlenhandlung in Baden-Baden — Der Gesellschaftler Carl Friedrich Hans Lorenz ist am 19. Januar 1931 ausgeschieden; die Gesellschaft ist aufgelöst. Der seitherige Gesellschaftler Ernst Wehle ist alleiniger Inhaber der Firma. (2. III. 31.)

D.-3. 128: Firma Clette & Peter in Baden-Baden. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Juli 1930. Persönlich haftende Gesellschaftler sind: Franz Bettle, Kaufmann in Baden-Baden, und Kaber Peter, Elektromeister in Achern. (2. III. 31.)

Baden, 4. März 1931.  
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts, I.

**Baden-Baden.** A.508. Handelsregistereintrag Abt. A Band I D.-3. 25 — Firma Carl Ulrich, Frankfurter Hof, in Baden-Baden — Dem Hoteldirektor Friedrich Karl Müller in Baden-Baden ist Procura erteilt.

Baden, 23. Febr. 1931.  
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts, I.

**Baden.** A.521. Handelsregister B D.-3. 13, Fränkische Holzwerke G. m. b. H. in Liq. in Badheim: Die Liquidation ist beendet, die Firma erloschen.

Baden, 4. März 1931.  
Bad. Amtsgericht Baden.

**Emmendingen.** A.509. Handelsregister A Bd. I D.-3. 44 Seite 87, Firma Simon Weil, Emmendingen: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Freiburg verlegt.

Emmendingen, den 27. Febr. 1931.  
Amtsgericht.

**Heidelberg.** A.516. Handelsregister Abt. A Band VI D.-3. 258: Firma Gustav Weiler in Heidelberg. Inhaber ist Kaufmann Gustav Weiler, Prokurist dessen Ehefrau, Rosa geb. Sagner, beide in Heidelberg. 4. 3. 1931.

D.-3. 259: Firma Josef Raifer in Heidelberg. Inhaber ist Gattin Josef Raifer, dafelbst.

Band III D.-3. 226 zur Firma Martin Körner in Heidelberg: Inhaber ist jetzt Martin Körner Witwe, Karoline geb. Habich, in Heidelberg.

Band VI D.-3. 190: Die Firma Paul Föhler in Heidelberg ist geändert in Föhler & Zimmermann. Kaufmann Arthur Zimmermann in Heidelberg ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschaftler eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1931 begonnen.

Band III D.-3. 240 zur Firma Carl Koch Nachf. Paul Gebhard in Heidelberg: Inhaber ist jetzt Paul Gebhard Witwe, Frieda geb. Schönbaler in Heidelberg.

Abt. B Band III D.-3. 83 zur Firma Vereinsbank und Spargesellschaft für Stadt- und Landgemeinden in Heidelberg: Dem Bankbeamten Theodor Wittmann in Heidelberg ist Gesamtprocura erteilt. Jeder der Prokuristen ist ermächtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem anderen Prokuristen zu vertreten.

Heidelberg, 5. März 1931.  
Amtsgericht.

**Karlsruhe.** A.502. Handelsregistereinträge. 1. Berlin-Karlsruher Industrie-Werke Aktiengesellschaft in Berlin mit Zweigniederlassung in Karlsruhe. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Albert Wolff ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt.

2. Arbeitshilfe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Potsdam verlegt. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. Otto Dommer ist beendet. Kaufmann Ernst Herms, Bergholz, ist als Geschäftsführer bestellt. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 23. Dezember 1930 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 1 (Sitz der Gesellschaft) geändert. 7. III. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.

**Karlsruhe.** A.503. Handelsregistereinträge. 1. Adolf Kahn, Karlsruhe. Der Inhaber Adolf Kahn ist gestorben. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1931. Persönlich haftende Gesellschaftler: Kaufmann Adolf Kahn Witwe, Clara geb. Meerapfel, Karlsruhe. Eugen Kahn, Kaufmann, ebenda. Die Procura der Frau Clara Kahn ist erloschen. 3. III. 31.

2. Curt Trinks, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Curt Georg Trinks, Kaufmann, Karlsruhe. (Handel mit Kleidung und Wäsche. Kreuzstraße 3.) 4. III. 31.

3. Legit-Vertriebs-Gesellschaft Gros & Co., Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 2. März 1931. Persönlich haftende Gesellschaftler: Heinrich Gros, Kaufmann, Karlsruhe. Walter Burkard, Kaufmann, ebenda. (Kaiserstraße 143) 7. III. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.

**Mannheim.** A.511. Handelsregistereinträge: a) vom 2. März 1931: Central-Garage Born & Vog Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 19. Februar 1931 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Firma geändert. Die Firma lautet jetzt: Central-Garage Vog Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

b) vom 4. März 1931: Mannheimer Kistenfabrik u. Holzhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim-Kefartau: Das Stammkapital ist gemäß dem Gesellschaftsbeschluss vom 22. Januar/2. März 1931 um 15 000 RM. erhöht und beträgt jetzt 35 000 RM. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Der Geschäftsführer Kaufmann Rudolf Kurz in Jlettschen (Wahru) leistet die von ihm übernommene neue Stammeinlage von 15 000 RM. durch Einbringung bzw. Verrechnung der von ihm an die Gesellschaft gegebenen Darlehen, und zwar von 8500 RM. vom 31. Dezember 1929, 4500 RM. vom 31. Dezember 1930 und 2000 RM. vom 5. Januar 1931.

Lehans-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Februar 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und die Erziehung und Verwertung von Wohnhäusern. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Leonhard Hanbuch, Bauunternehmer, August Hanbuch, Architekt, Albert Hanbuch, Kaufmann, Hans Hanbuch, Baumeister, alle in Mannheim, sind Geschäftsführer. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Leonhard Hanbuch ist als Geschäftsführer berechtigt, die Gesellschaft selbständig zu vertreten, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Geschäftslokal: Sofienstraße 6.

Carl Friedrich Korwan junior, Mannheim: Die Firma ist geändert in Carl Fr. Korwan.

Gebrüder Art Nachf., Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt der Firma ist auf den Gesellschaftler Kaufmann Fritz Kaulbars, Mannheim, übergegangen, der es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiterführt.

Gebrüder Frank, Eisen und Metalle, Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit Aktiven und Passiven samt der Firma ist auf den Gesellschaftler Kaufmann Salomon Frank in Mannheim übergegangen, der es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiterführt.

Karl Schmidt, Mannheim. Inhaber ist Karl Schmidt, Kaufmann, Mannheim. Charlotte Schmidt geb. Glawadi in Mannheim ist als Prokuristin bestellt. Geschäftszweig: Großhandel mit Kohlen, Holz u. Bricketts.

Schölich & Wieland, Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juni 1930 begonnen. Karl Schölich, Kaufmann, Adolf Wieland, Kaufmann, beide in Mannheim, sind persönlich haftende Gesellschaftler. Geschäftszweig: Handel mit Kraftfahrzeugen und Zubehör sowie mit Akkumulatoren und Vertrieb einer Reparaturwerkstätte. Geschäftslokal: Weillstraße 14.

Friedrich Meeger, Mannheim: Das Geschäft samt Firma ist von Friedrich Meeger auf die Erben-Gemeinschaft zwischen dessen Witwe, Walburga Meeger geb. Ohl, in Mannheim und der Tochter, Walburga Meeger, geboren am 20. April 1918 in Mannheim übergegangen.

Rheinische Handelsbank Aktiengesellschaft in Liquidation, Mannheim: Hermann G. Graml, Wüchtersdorfer in Mannheim, ist gemäß §§ 48, 29 BGB. zum Liquidator bestellt an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen bisherigen Liquidators Direktor Billy Noebig.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

**Kastell.** A.513. Handelsregistereinträge Abt. A: 1. Band III D.-3. 8 zur Firma Elise Gatz in Kastell: Die Firma ist erloschen.

2. Band II D.-3. 60 zur Firma August Gatz in Kastell: Das Geschäft ist infolge Ablebens des

seitherigen Alleinhabers August Gatz auf dessen Witwe, Berta geb. Blechner, in Kastell übergegangen, welche es unter der seitherigen Firma als Alleinhaberin unverändert weiterführt.

Den 26. Februar 1931.  
Amtsgericht Kastell.

**Willingen.** A.514. Handelsregistereintrag. B Band I D.-3. 65, Industrie- und Handels-

A. 520. Karlsruhe. Über den Nachlass des am 23. März 1930 verstorbenen, zuletzt in Karlsruhe, Amalienstr. 29, wohnhaften Kaufmanns Karl Dietzsch wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist: Rechtsanwalt Dr. Aug. Roth in Karlsruhe, Karlsruhe, 10. Konkursforderungen sind bis zum 1. Mai 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigeraususses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Donnerstag, den 9. April 1931, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Donnerstag, den 21. Mai 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stod, Zimmer Nr. 234. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Nachlass des Gemeinschuldners leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 15. April 1931 anzuzeigen.

Karlsruhe, 12. März 1931.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

A. 524. Karlsruhe. Konkursverfahren Gustav und Valentin Weber betr. Nach Abzug der bereits ausbezahlten Quote und der Massekosten steht auf der Gesamtforderung von 15 209,81 RM zur Schlussverteilung noch eine Restsumme von 400,80 RM zur Verfügung.

Karlsruhe, 13. März 1931.  
Rechtsanwalt Alfred Bopp, als Konkursverwalter.

A. 525. Bruchsal. Nach Bestätigung des Vergleichs wird das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Hermann Wächter junior, Inhaber Karl Hermann Wächter, Kaufmann in Bruchsal, aufgehoben.

Bruchsal, 9. März 1931.  
Amtsgericht IV.

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, 17. März 1931  
\* G 18. U.-Gem. 1-100  
und 301-400

**Der Rosenkavalier**  
Von Richard Strauss  
Dirigent: Krips  
Regie: Dr. Baag  
Mitwirkende:  
Wanl. Fanz, Fischbach, Haberlorn, Janl, Kadner, Seiberlich, Winter, Bauer, Hellmuth, Kotschmann, Fürstentau, J. Gröbinger, Kainbach, Kiefer, Böjer, Dr. Lang, Derner, Schoepf, Kn, Aras, Dose, Frohmann, G. Gröbinger, Kleinbus, Bindemann, Luger, Meber, Nagel, Klachzinsky, Ribinius, Schäfer, Schmitt

Anfang 19<sup>1/2</sup> Ende 23  
Preise C (1-7 RM)

Nr. 18. 3. 8. Sinfoniekonzert Do. 19. 3. Sylvia taucht sich einen Mann. Fr. 20. 3. Die Liebesprobe. Hierauf: Josephsgebende. Sa. 21. 3. Wiener Abend. So. 22. 3. Zum erstenmal: Der Ramelet. Hierauf: Neu einstudiert: Gianni Schicchi. Zu Konzerthaus: Zum erstenmal: Meine Frau, das Fräulein.